
426/AB XXII. GP

Eingelangt am 17.07.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für auswärtige Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Lunacek, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Juni 2003 unter der Nr. 515/J-NR/2003 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Nepal - Deportation tibetischer Flüchtlinge gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1 bis 3:

Österreich, das in Nepal keine Vertretungsbehörde unterhält, hat sich im Rahmen der EU für eine Erklärung ausgesprochen, in der die Besorgnis über die Abschiebung von 18 tibetischen Flüchtlingen nach China zum Ausdruck gebracht wird. Diese wurde von der griechischen EU-Präsidentschaft am 13. Juni d.J. in Athen und in Brüssel veröffentlicht. Darin wurde die ernste Besorgnis der EU über die Entscheidung der nepalesischen Regierung ausgedrückt. Die EU-Missionschefs in Katmandu haben ferner am 19. Juni d.J. beim neu ernannten nepalesischen Premierminister Thapa vorgesprochen und in einem persönlichen Gespräch auf die negativen Auswirkungen der Aktion verwiesen. Der Premierminister hat dabei versichert, dass Nepal in Zukunft von solchen Abschiebungen Abstand nehmen wird.

Zu Frage 4:

Nein. Österreich wird sich im Rahmen der EU an weiteren Bemühungen in diesem Fall beteiligen.